

presente

Bulletin der Christlichen Initiative Romero 3/2014

NICARAGUA
Jahrestag der
sandinistischen
Revolution
(S.18)



Systemfehler Gesundheitswesen

MITTELAMERIKAS KRANKE GESUNDHEITSSYSTEME

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

drei der acht Millenniums-Entwicklungsziele der UN drehen sich explizit um Fragen der Gesundheit: Bis 2015 wollten die Staaten der Welt die Kindersterblichkeit verringern, die Gesundheit von Müttern stärken und HIV/ Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen.

In allen drei Bereichen sind nun – 15 Jahre später – Verbesserungen zu erkennen. Zumindest statistisch. Dabei wurden die eigentlichen Zielmarken jedoch bei Weitem noch nicht erreicht. Gesundheit kann nur durch einen umfassenden Ansatz erreicht werden und nicht durch punktuelle und vertikal organisierte Programme von oben, beispielsweise gegen einzelne Krankheiten wie Malaria oder spezifische gesundheitliche Probleme wie Kindersterblichkeit.

Indem einzelne Krankheiten oder gesundheitliche Probleme in den Blick genommen und durch massive Programme reduziert werden, kann es zu einer Verbesserung dieses einen Problems kommen. Die Gesundheitsversorgung insgesamt ist damit aber noch lange nicht gewährleistet – schon gar nicht über den Zeitraum der Maßnahmen hinaus. Dafür braucht es ein funktionierendes Gesundheitssystem, zu dem jeder Mensch Zugang hat, unabhängig davon, wie viel Geld er besitzt. Dies ist wiederum nur dann möglich, wenn ein öffentlich gesteuertes und nicht privatisiertes Gesundheitssystem existiert, das eine breite Versorgung sowohl im Rahmen der Prävention als auch der Heilung gewährleistet – auch in ländlichen Regionen.

In dieser presente werfen wir einen Blick auf die Gesundheitssysteme in Mittelamerika. Wie haben sie sich in den letzten Jahren entwickelt? Gibt es Beispiele, die zeigen, dass eine umfassende Versorgung funktionieren kann, wenn diese politisch gewollt ist?

Tatsächlich zeigt das Beispiel El Salvador, dass eine integrale Gesundheitsförderung möglich ist. Die FMLN-Regierung unter Funes erhöhte den Gesundheitsetat, strukturierte das öffentliche Gesundheitswesen um, richtete kostenlose und lokal verankerte Versorgungsprogramme ein und beteiligte auch die Zivilgesellschaft am Prozess. Ein innovativer Ansatz.

Doch um ein umfassendes und funktionierendes Gesundheitssystem zu organisieren, braucht es neben politischem Willen am Ende immer auch ausreichend Geld. Eine Umverteilung von Nord nach Süd – oder besser von Reich zu Arm – ist daher auch beim Thema Gesundheit unerlässlich.

Eine verbindliche Regelung zur Finanzierung von öffentlichen Gesundheitssystemen in allen Ländern der Welt wäre ein sinnvolles Ziel der anstehenden Post-2015-Entwicklungsprozesse. Sinnvoll deshalb, weil es zeigen würde, dass man aus den Fehlern der ersten Millenniums-Entwicklungsziele gelernt hat.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr CIR-Team

presente 03/2014

THEMA

Gesundheitswesen in Mittelamerika

- 4** DIETER MÜLLER, MONIKA HUFNAGEL
Zentralamerika und das Menschenrecht auf Gesundheit
Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit spiegelt sich auch im Gesundheitswesen wider
- 7** JOANA EINK (CIR)
“Es gibt Geld für alles Mögliche, außer für Gesundheit und Bildung!”
Medizinstudentin Andrea Feltz Contreras aus Nicaragua im Interview

- 10** VILMA VAQUERANO
Die Gesundheitsreform in El Salvador und ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen
- 13** ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)
Ethnische Zweiklassen-Gesellschaft - auch beim Thema Gesundheit
Indigene Heilmethoden spielen in Guatemalas Gesundheitswesen kaum eine Rolle



MITTELAMERIKA

Länderberichte

- 18** ANNE NIBBENHAGEN (CIR)
NICARAGUA
Von einem besonderen 19. Juli, Springbrunnen und Feuerwerk
Über den 35. Jahrestag der sandinistischen Revolution
- 21** EDGARDO AYALA
EL SALVADOR
Ländliche Gemeinden kämpfen für komplettes Bergbauverbot - mit Rückenwind von neuer Regierung
Widerstand gegen Bergbau wächst - auch in der Regierung

KAMPAGNEN

- 24** KIRSTEN CLODIUS (CIR)
Made in Brazil - Sportkleidung aus Sweatshops in Hinterhöfen
Harte Arbeit in illegalen Hinterhoffabriken

ÜBER UNS

- 27** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
Norbert Arntz erhält Walter- und Marianne-Dirks-Preis
CIR-Vorstandsmitglied wird für Engagement ausgezeichnet
- 28** Finanzbericht 2013
Die Christliche Initiative Romero in Zahlen

31 Bestellschein

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Breul 23
D-48143 Münster
Telefon +49 (0) 251-89503
Fax +49 (0) 251-82541
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de



Die Veröffentlichung der presente wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.

Redaktion:
Kirsten Clodius, Jolanta Cabanski,
Sandra Dusch, Joana Eink
(V.i.S.d.P.), Johanna Fincke, Gesche
Hausin, Daniel Hügel, Thomas
Krämer, Maik Pflaum, Albrecht
Schwarzkopf, Christian Wimberger

Lektorat: Annette Spitzmesser

Druck: Kleyer, Münster,
September 2014

Layout: Edith Jaspers

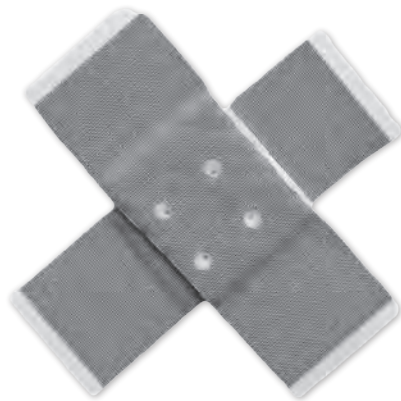
Titelbild: Anne Nibbenhagen

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
Konto 3 11 22 00
BLZ 400 602 65
IBAN DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der
Christlichen Initiative Romero
einen verantwortungsvollen
Umgang mit Spendengeldern.



Zentralamerika und das Menschenrecht auf Gesundheit



Die extreme soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Mittelamerika spiegelt sich auch in den Gesundheitssystemen der Länder wider. Nicht jede/r hat leichten Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung. Und oft hapert eine gute Versorgung an elementaren Dingen wie fehlenden Medikamenten, schlechter Ausstattung oder schlichtweg zu wenigen Ärzten, vor allem dort, wo sie dringend gebraucht werden.

TEXT: DIETER MÜLLER UND MONIKA HUFNAGEL, MEDICO INTERNATIONAL



Ein seltenes Bild in Zentralamerika: An einem Gesundheitsposten in Momotombo, Nicaragua, werden kostenlose Medikamente verteilt.

Ixcán, Guatemala, ein entlegener Landkreis an der Grenze zu Mexiko, eine vom Bürgerkrieg stark betroffene Region. Mehr als 90.000 EinwohnerInnen leben weit verstreut in über 180 Dörfern, die meist nur über Schotterpisten erreichbar sind. Auf ein Regionalkrankenhaus, das ihnen zu Wahlkampfzeiten versprochen wurde, warten die BewohnerInnen seit Jahren vergeblich. Ohne die wenigen ÄrztInnen der kubanischen Brigade würde sich wohl kaum ein/e Mediziner/in überhaupt in die Dörfer verirren.

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit

und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen.“ So wollten es die Vereinten Nationen bereits 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Noch heute ist das Recht auf Gesundheit für die meisten Menschen in Zentralamerika jedoch vor allem eines: ein großes Versprechen.

Gesundheit als Spiegel der Gesellschaft

Die extreme soziale und wirtschaftliche Ungleichheit in Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala spiegelt sich auch in den Gesundheitssystemen Zentralamerikas wider. Während der private Gesundheitssektor den reichsten 10 Prozent (oder weniger), die über private Krankenversicherungen verfügen, sehr gute Leistungen anbietet, werden formell Beschäftigte und ihre Familien (deutlich unter 20 Prozent der Bevölkerung) in Einrichtungen der Sozialversicherungsinstitute bereits mit sichtbar niedrigeren Standards behandelt. Angehörigen von Polizei und Militär stehen wiederum eigene Behandlungseinrichtungen zur Verfügung, deren Qualität meist höher ist als die der Sozialversicherung.

ZAHLEN IM ÜBERBLICK

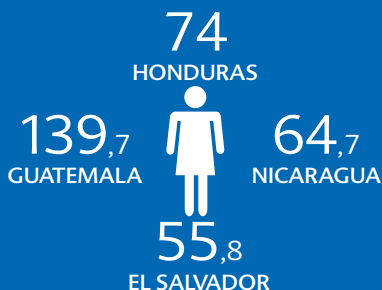
KINDERSTERBLICHKEIT

(auf 1.000 lebend Geborene)



MÜTTERSTERBLICHKEIT

(auf 100.000 lebend Geborene)



BETREUTE GEBURTEN IN EINRICHTUNGEN

GUATEMALA	51,2 %
HONDURAS	66,9 %
NICARAGUA	70,8 %
EL SALVADOR	90,0 %

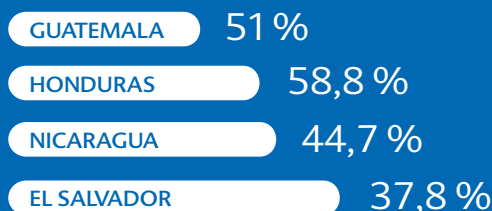
ÄRZTE

pro 1.000 Einwohner

1,1	GUATEMALA
0,3	HONDURAS
0,6	NICARAGUA
2,0	EL SALVADOR



ARMUT



Die große Mehrheit der Menschen hat aber keine Krankenversicherung und ist auf die staatliche Gesundheitsversorgung durch die Einrichtungen der Gesundheitsministerien angewiesen. Diese sind nicht flächendeckend vorhanden, meist unterfinanziert und insbesondere jenseits der städtischen Ballungszentren personell unterbesetzt. Es herrscht ein weit verbreiteter Mangel an medizinischen Geräten, Medikamenten und Bedarfsmaterialien, das Personal ist oft nicht ausreichend qualifiziert, nicht motiviert und eine diskriminierende Behandlung von Indigenen und Armen ist leider nicht die Ausnahme.

Am besorgniserregendsten ist die Situation in Guatemala und Honduras, wo die geringen Ausgaben für Soziales nach dem Putsch von 2009 noch weiter gekürzt wurden und die extreme Armut deutlich zugenommen hat.

Im Teufelskreis der Armut

Von den schlechten Zuständen in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen profitieren wiederum niedergelassene Ärzte und vor allem Apotheken. Um eine Behandlung zu bezahlen oder einfach nur Medikamente zu kaufen, bringen auch viele ärmere Haushalte nicht unerhebliche Summen auf. Aus *remesas*, den Rücküberweisungen, die sie von Angehörigen im Ausland erhalten, dem Verkauf von Vieh oder anderem Besitz finanzieren sie die Kosten im Krankheitsfall.

Es ist Geld, das armen Familien dann nicht mehr für eine bessere Ernährung oder die Ausbildung der Kinder zur Verfügung steht. Auf diese Weise tragen die Gesundheitssysteme in Mittelamerika zur Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit bei und halten die Ärmsten im Teufelskreis der Armut gefangen. ➤

Reformen in Nicaragua und El Salvador

Im revolutionären Nicaragua der 1980er Jahre sah das deutlich anders aus. Die sandinistische Regierung setzte die Politik einer „Gesundheit für alle“ konsequent um und das Ergebnis wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als gelungenes Modell gewürdigt. Die Wahlniederlage der Sandinisten 1990 bereitete diesem vorbildlichen Experiment ein jähes Ende. Das öffentliche Gut Gesundheit wurde der neoliberalen Logik von Privatisierung geopfert. Mit dem Wahlsieg Ortegas 2007 wurde immerhin die Kostenfreiheit der öffentlichen Gesundheitsdienste wieder eingeführt. Es werden mehr Mittel bereitgestellt, um den Versorgungsgrad und die Qualität der staatlichen Gesundheitsfürsorge zu verbessern. Doch an den Grundpfeilern der Drei-Klassen-Medizin wird nicht gerüttelt. Engpässe bei der Verfügbarkeit von Medikamenten, lange Wartezeiten sowie Defizite im Zugang zur staatlichen Gesundheitsversorgung, insbesondere in den marginalisierten Regionen der Atlantikküste, bestehen vorerst weiter.

Dass es durchaus anders geht, zeigt die 2010 verabschiedete, weitreichende Gesundheitsreform in El Salvador. Mit der Reform

übernimmt der Staat ganzheitlich die Verantwortung für Gesundheitsfürsorge und -versorgung der Bevölkerung (siehe Artikel zur Gesundheitsreform in El Salvador auf Seite 10 in diesem Heft). Gesundheit wird dabei nicht mehr nur als Abwesenheit von Krankheit verstanden, sondern gemäß der Definition der WHO als der „Zustand eines vollständigen physischen, seelischen und sozialen Wohlbefindens“.

Eine Gesundheitsreform kann also nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig Verbesserungen im Bereich der Trinkwasserversorgung, sanitären Systeme, Wohnverhältnisse, Ernährungssouveränität, Gewaltprävention und vielen weiteren Bereichen in Angriff genommen werden. Das erfordert gemeinsame Lösungen unterschiedlichster staatlicher Instanzen und die aktive Beteiligung aller Betroffenen. Dazu gehört auch eine radikale Steuerreform, um die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens nachhaltig zu sichern.

Während die Regierungen in Guatemala und Honduras die medizinische Grundversorgung weiter vernachlässigen und der Privatisierung Vorschub leisten, haben Nicaragua und El Salvador Reformen eingeleitet. Aber auch dort wird die Verwirklichung einer „Gesundheit für alle“ davon abhängen, in welchem Maße die massiven sozio-ökonomischen Ungleichheiten überwunden werden können. Dies kann und darf keineswegs nur den Regierenden überlassen werden. In der Region und global bedarf es des gemeinsamen Kampfes zivilgesellschaftlicher Kräfte gegen Ungerechtigkeit, Ausgrenzung, Ausbeutung und Diskriminierung – auch, aber nicht nur, im Gesundheitsbereich. ■

Dieter Müller ist Mittelamerika-Referent bei medico international. **Monika Hufnagel** arbeitet in der Öffentlichkeitsabteilung bei medico international.



Das Recht auf Gesundheit besteht in vielen Teilen Zentralamerikas nur in der Theorie.

„Es gibt Geld für alles Mögliche, außer für Gesundheit und Bildung!“



Vor Kurzem war die 20-jährige Medizinstudentin Andrea Feltz Contreras aus Nicaragua zu Gast in Deutschland. Die Tochter von Celia Contreras, der Leiterin unserer langjährigen Partnerorganisation Casa de la Mujer in Bocana de Paiwas, nahm sich die Zeit, um mit uns über ihre Einschätzung der Situation des Gesundheitswesens in Nicaragua zu sprechen. Da sie zuvor ein Krankenhaus in Deutschland besucht hatte, vergleicht sie im Interview auch die Gesundheitsversorgung Deutschlands mit der in ihrem Heimatland.

INTERVIEW: JOANA EINK (CIR), TRANSKRIPTION: LUIS ABARCA TORO
ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

In welchem Bereich würdest du gerne nach deinem Medizinstudium arbeiten?

“ Ich bin jetzt im dritten Studienjahr, es fehlen aber noch sieben Jahre. Im Moment tendiere ich dazu, nicht selbst PatientInnen zu behandeln, sondern eher in der Verwaltung der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu arbeiten. Dort sind nämlich viele Veränderungen notwendig, die aber niemand angeht. Ich weiß nicht, ob das mit Angst zu tun hat oder damit, dass jeder glaubt, dass alles in Ordnung ist.

Käme es für dich in Frage, im Ausland zu arbeiten?

Der Gedanke, im Ausland zu arbeiten, ist schon ziemlich verführerisch, weil die Bezahlung besser ist. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Großteil der StudentInnen meines Jahrgangs ins Ausland gehen wird. Aber wenn ich genauer darüber nachdenke, komme ich zu dem Schluss, dass das Land auch gerade deshalb so schlecht dasteht, weil so viele Fachkräfte das Land verlassen. Viele wollen nach Miami gehen, um eine Ausbildung zum >





Aufgrund des hohen Personalmangels sind die Warteschlangen vor Gesundheitseinrichtungen oft lang.

Privatarzt zu machen. Aber in Nicaragua haben viele nicht genug Geld, um sich von einem Privatarzt behandeln zu lassen.

Ich denke, wenn dein gesamtes Studium kostenlos war, bist du es dem Land schuldig, hier zu arbeiten. In Nicaragua benötigen wir nämlich Ärzte und andere Fachkräfte. Unser Staat ist nicht der beste, aber hier zu arbeiten bedeutet ja nicht, es für ihn zu machen, sondern für die Menschen. Es ist schließlich die Idee, den Menschen zu helfen, die viele dazu motiviert hat, Medizin zu studieren.

Während unserer Praktika merken wir schon, wie unglaublich dankbar die Leute sind. Wenn man ein Praktikum in den Gemeinden macht, arbeitet man nicht nur als MedizinerIn, sondern kommt auch mit sozialen Themen in Berührung. Ich habe zum Beispiel ein Praktikum in einem Programm der Regierung für Behinderte gemacht. Das hat mir sehr gefallen, weil wir die Leute einladen, um zu erfahren, welche Bedürfnisse sie haben.

Wie schätzt du die Situation des Gesundheitssystems in Nicaragua ein?

Die Situation ist schlecht, vor allem weil die Bedingungen in den Krankenhäusern oft menschenunwürdig sind. Das Krankenhaus in León, in dem ich studiere, ist bis auf wenige Ausnahmen schlecht ausgerüstet. Die Appa-

rate funktionieren oft nicht und die Infrastruktur kann jeden Moment zusammenbrechen.

Ich habe hier in Deutschland ein Krankenhaus besichtigt und gesehen, dass sich zwei Personen ein Zimmer teilen. Dagegen stehen in Nicaragua ungefähr zehn Betten in einem Zimmer und es gibt keine Trennwände, welche den Patienten ein wenig Privatsphäre bieten könnten. Wenn man zum Beispiel einen Patienten im Bett waschen muss, sehen das die anderen neun, was für alle Beteiligten sehr unangenehm ist.

Ein weiteres Problem ist, dass die ÄrztInnen sehr schlecht bezahlt werden. Sie haben sehr lange Arbeitstage und bekommen trotzdem keinen angemessenen Lohn. Wenn das Krankenhaus dann nicht einmal für die nötigen Bedingungen sorgt, damit man seine Arbeit als Ärzt/in angemessen ausüben kann, kann der Beruf sehr zermürbend sein. Vor einigen Jahren rissen zum Beispiel regelmäßig die Nähte der Wunden, weil die Haltbarkeit der Fäden abgelaufen war. Aber das Krankenhaus kaufte keine neuen Fäden, bis die alten aufgebraucht waren. Ich weiß nicht, wie viele Infektionen das verursacht hat.

Das alles hat immer negative Auswirkungen auf die PatientInnen. Genau wie die Tatsache, dass sie bei Notfällen meist erst nach drei Stunden behandelt werden. Da die Menschen

in den Gesundheitszentren in den Stadtteilen schlecht behandelt werden, kommen auch PatientInnen in die Notaufnahme der Krankenhäuser, die oft gar keine dringende Behandlung benötigen. Die wenigen Ärzte müssen sie dann aber trotzdem behandeln. Es warten oft über 30 Menschen. Für die Erstbehandlung der Patienten hat man so nur zwischen fünf und sieben Minuten Zeit.

Um die Versorgung mit Medikamenten steht es ähnlich schlecht. Eigentlich sind diese kostenlos, aber die Gesundheitszentren und die Apotheken haben kaum Medikamente auf Lager. Die ÄrztInnen dürfen nur Medikamente verschreiben, die auf einer offiziellen Liste des Gesundheitsministeriums stehen, d.h. dass PatientInnen oft viel Geld für Medikamente ausgeben müssen, die sie dringend benötigen. Viele sagen sich deshalb: "Wieso soll ich zum Gesundheitszentrum gehen, wenn sie mir dort nur irgendeine Tablette geben, die nicht wirklich hilft und mich dann wieder nach Hause schicken?!"

Hat sich unter Präsident Ortega etwas verbessert?

Vor Ortega gab der Staat weniger Geld für das Gesundheitswesen aus. Aber das Budget reicht heute bei Weitem nicht mehr aus, weil wir gerade eine regelrechte Bevölkerungsexplosion durchleben und immer mehr PatientInnen behandelt werden müssen. Heute scheint es Geld für alles Mögliche zu geben — für die Subventionierung des Bergbausektors und den Bau von Wasserkraftwerken und eines Kanals — außer für Gesundheit und Bildung!

Konntest du nach deinen Besuchen in dem Krankenhaus hier einen ersten Eindruck vom Gesundheitswesen in Deutschland bekommen?

Ja, zum Beispiel das Versicherungssystem, durch das auch Menschen mit geringen Ein-

künften angemessen versorgt werden. In Nicaragua ist das nicht so. Weil ja in der Theorie alles kostenlos ist, nimmt man an, dass man keine öffentliche Versicherung benötigt. Aber das hilft den Leuten wenig, wenn es so schlecht um die Versorgung mit Medikamenten bestellt ist. Die Krankenversicherungen, die den PatientInnen eine umfangreiche Behandlung in den privaten Krankenhäusern ermöglicht, kann sich aber kaum jemand leisten. Dort gibt es all jene Probleme der öffentlichen Gesundheitsversorgung nicht.



Basisgesundheit – feministisch!

Gesundheitsversorgung für Frauen in ländlichen Gebieten — dort, wo die staatlichen Strukturen fehlen — ist schon lange ein wichtiges Arbeitsfeld für die Frauenorganisation Xochilt Acalt in Malpaisillo, im Nordwesten Nicaraguas. In einem neuen, großen Projekt, unterstützt vom Entwicklungshilfeministerium BMZ und der CIR, werden nun partizipative Strukturen geschaffen, in denen Basisgesundheit tatsächlich von unten entsteht. Ehrenamtliche Gesundheits-Promotorinnen sichern nicht nur eine lokale Erstversorgung, sondern setzen sich auch dafür ein, dass Frauengesundheit in den kommunalen Gremien auf die Tagesordnung gesetzt wird und Krebspräventionskampagnen durchgeführt werden.

Die CIR muss in den nächsten drei Jahren einen Beitrag von 50.000 EUR zu den Gesamtkosten von 478.000 EUR aufbringen.

Bitte unterstützen Sie die Frauen in Malpaisillo mit Ihrer Spende.

Stichwort
»BASISGESUNDHEIT NICARAGUA«



Die Gesundheitsreform in El Salvador und ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen

Das Gesundheitssystem El Salvadors kämpft seit langem mit komplexen Herausforderungen wie dem Mangel an (Fach-)ÄrztInnen oder fehlenden Medikamenten. Stark betroffen von diesen Defiziten sind vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten – und hier insbesondere Frauen, denen traditionell die Verantwortung für die Pflege der Familie von den Kindern bis zu den Großeltern zugeschrieben wird.

TEXT: VILMA VAQUERANO (IN ZUSAMMENARBEIT MIT MORENA MURILLO)
ÜBERSETZUNG: CHRISTINA PANZENBÖCK

Trotz der Schwierigkeiten, die es nach wie vor im Gesundheitssystem El Salvadors gibt, darf man die Verbesserungen während der letzten Legislaturperiode nicht außer Acht lassen. Die Gesundheitsbehörden sehen diese vor allem als Resultat der Miteinbindung der Ärmsten der Armen an und einer gender-gerechten Perspektive in der Versorgung der Patienten. Verschiedene Gesetze haben ebenfalls dazu beigetragen, wie das Gleichberechtigungsgesetz für Frauen („Ley de Igualdad, Equidad y Erradicación de la Discriminación contra las Mujeres“, seit 2011 in Kraft) und das „Sondergesetz für ein Leben für Frauen frei von Gewalt“ („Ley Especial para una Vida Libre de Violencia para las Mujeres“, seit 2012 in Kraft).

Nach Berichten des Gesundheitsministeriums entwickelt sich die gender-gerechte Per-

spektive langsam zum Mainstream – mit dem Ziel, eine umfassende Gesundheitsversorgung zu garantieren. Dies zeigt sich besonders im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Gleichberechtigung im Zugang zu den gesundheitlichen Versorgungsleistungen überhaupt.

Ein Modell mit Familien- und Gemeindefokus

Einer der zentralen Bestandteile der Reform ist die Einführung eines Modells mit gesamtfamiliärer Versorgung und einem Gesamtangebot von Gesundheitsleistungen. Dafür wurden 520 Gesundheitsstationen für Familien in 164 Gemeinden mit der größten Armutsrate aufgebaut. Diese Einheiten garantieren die Erstversorgung und bilden gewissermaßen die Basis des neuen Gesundheitsmodells mit Familien- und Gemeindefokus. Die Fortsetzung der Behandlungen soll dann durch Netzwerke in jeder Gemeinde gewährleistet werden. Auf einer zweiten Ebene haben sich 38 Fach-Einheiten für spezialisierte Familiengesundheit auf Gemeindeebene etabliert, wobei 33 von ihnen auch am Wochenende und an Feiertagen Leistungen anbieten.

Ein wichtiger Faktor ist dabei die Zusammenarbeit verschiedener Sektoren und die Öffnung und Förderung von Partizipationsmöglichkeiten, damit Netzwerke wie das Nationale Gesundheitsforum und Frauenorganisationen ihre Beiträge zu politischen Maßnahmen leisten können – was in Legislaturperioden vor dem Jahr 2009 noch undenkbar gewesen wäre.

UTERO MEDICO

Reformen waren im bröckelnden Gesundheitssystem des kleinsten mittelamerikanischen Landes dringend notwendig.

Vorrangige Ziele der Gesundheitsreform

Mit der Gesundheitsreform sollten die Prinzipien, Wertvorstellungen und Konzepte einer Erstversorgung für eine ganzheitliche Gesundheit wiederhergestellt werden. Außerdem wurden acht Hauptstrategien entwickelt, die wichtige Ergebnisse gebracht haben, wie zum Beispiel insgesamt ein Anstieg von 377 auf 708 Gesundheitseinheiten Familiengesundheit im Jahr 2014.

Durch Netzwerke von Gesundheitsleistungen reduziert sich mit diesem neuen Modell die geographische Lücke. Auch wurden die so genannten „cuotas voluntarias“ abgeschafft – eine eigentlich „freiwillige“ Abgabe oder Spende an den behandelnden Arzt, ohne die man aber nicht behandelt wurde. Durch die Abschaffung wurden die Hindernisse für die arme Bevölkerung und insbesondere für Frauen abgebaut, da viele von ihnen über kein Einkommen verfügen.

Schließlich wurde ein Gesetz für Medikamente verabschiedet, um den Preis und die Qualität der vorhandenen Produkte für die Bevölkerung in privaten Apotheken festzulegen. Das Impf-System für Kinder wurde von neun auf zwölf Impfungen erweitert, die vor 15 Krankheiten schützen. Das Nationale In-

stitut für Gesundheit wurde geschaffen mit drei Schwerpunkten: Forschung, Ausbildung und qualitativ hochwertige Labors für Wasser, Medikamente und Lebensmittel. Das Personal wurde zahlenmäßig verstärkt und besser ausgebildet. Das Budget stieg von 399,3 Mio. US-Dollar im Jahr 2008 auf 633,6 Mio. US-Dollar im Jahr 2014.

Verbesserungen in der Frauengesundheit

Aktuell gibt es viele neue Aktionen und Programme als Ergebnis der Gesundheitsreform und ihrer gender-gerechten Ausrichtung. So wurden zum Beispiel 15 Häuser in ländlichen Gebieten für Frauen mit Risikoschwangerschaften geschaffen, die sich weit ab von gesundheitlicher Versorgung und Spitälern befinden. In den Gesundheitsstationen in den Gemeinden erfahren die Frauen, dass sie sich etwa eine Woche vor der Geburt in diese Häuser begeben sollten, um die rechtzeitige Versorgung und den Transport ins Krankenhaus zu gewährleisten. Diese und andere Angebote haben bewirkt, dass 98 Prozent der registrierten schwangeren Frauen eine sichere Geburt haben können, d.h. dass sie in Entbindungsstationen von Krankenhäusern in den bevölkerungsreicheren Gegenden versorgt werden können. >

Weitere wichtige Fortschritte sind, unter anderem, die Verabschiedung politischer Strategien zu sexueller und reproduktiver Gesundheit, die Erweiterung des Sprechstundenangebots und der Leistungen in den Gesundheitszentren auf Gemeindeebene, eine gynäkologische Versorgung rund um die Uhr in inzwischen 20 der 28 Entbindungsstationen

im Land sowie der Bau eines Krankenhauses für Frauen. Des Weiteren gab es auch eine erhebliche Verringerung der Müttersterblichkeitsrate. Es wurde u.a. ein Leitfaden für die Behandlung von jugendlichen Schwangeren herausgegeben, um bessere Vorsorgeleistungen und Beratungen anzubieten.

Wie geht es weiter?

Die Gesundheitsreform hat generell das Ziel, das Recht auf Gesundheit effektiv umzusetzen und den Zugang zu Gesundheitsleistungen sowie die Qualität des öffentlichen Gesundheitswesens auf allen Ebenen zu verbessern. Die Beschaffung und die Qualität der Medikamente sowie die Anzahl an spezialisierten medizinischen Fachkräften spielen hierbei eine große Rolle. Nicht zuletzt soll durch all diese Maßnahmen den zu behandelnden Personen der nötige Respekt entgegengebracht werden.

In Bezug auf die Betreuung von Frauen mit Gewalterfahrungen gibt es nach wie vor erhebliche Mängel. Programme für die seelische Gesundheit von Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, sind nicht genügend ausgebaut. Es gibt auch enormen Handlungsbedarf aufgrund der hohen Schwangerschaftsrate von Jugendlichen und auch der Selbstmordrate von jugendlichen Schwangeren. Das ist nicht nur für den Gesundheitsbereich eine Herausforderung, sondern auch für den Bildungsreich.

Es muss jetzt also eine Vertiefung dieser Gesundheitsreform weiter vorangetrieben werden, um das Recht auf Gesundheit für die gesamte Bevölkerung zu garantieren, besonders für die ärmsten Schichten. ■



Frauengesundheit auf die Agenda

Die salvadorianische Frauenorganisation ORMUSA klärt Frauen über wichtige Gesundheitsfragen auf und berät sie in Notsituationen. Dies können zum Beispiel ungewollte Schwangerschaften oder schwere Krankheiten sein. Parallel dazu arbeitet ORMUSA auf der politischen Ebene: Gesetzesinitiativen mit Genderfokus werden unterstützt und das über Jahre dabei aufgebaute ExpertInnenwissen wird den Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig baut ORMUSA öffentlichen Druck auf, damit Frauenbelange tatsächlich politische Berücksichtigung finden.

Die CIR unterstützt die Arbeit von ORMUSA seit vielen Jahren. Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort
» FRAUEN EL SALVADOR «

Vilma Vaquerano ist Kommunikationswissenschaftlerin und arbeitet derzeit als Verantwortliche für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bei der „Organisation salvadorianischer Frauen für den Frieden“ („Organización de Mujeres Salvadoreñas por la Paz“, ORMUSA). **Morena Murillo** ist Sprecherin des „Nationalen Gesundheitsforums“ in El Salvador („Foro Nacional de Salud“).

Ethnische Zweiklassen-Gesellschaft – auch beim Thema Gesundheit

In der stark polarisierten und multi-ethnischen Realität Guatemalas schafft es das staatliche Gesundheitssystem nicht, die vorhandenen Mittel für das öffentliche Gut Gesundheit gerecht aufzuteilen. Das Gesundheitswesen ist nur eingeschränkt funktionsfähig und in ländlichen Regionen teilweise kaum präsent. Die Situation führt dazu, dass viele Menschen nach Alternativen suchen, auch wenn sie dafür an private Dienstleister bezahlen müssen. Hatte die vorherige Regierung noch versucht, die Heilmethoden der Mayas in das Gesundheitssystem besser zu integrieren, sind diese Ansätze momentan nicht wahrzunehmen. TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Lisandro Moran, ehemaliger Mediziner an der Universität USAC, legte in seinem Artikel über den Zustand des Gesundheitswesens Wert darauf, dass die Verfassung die Gesundheit als ein universales, öffentliches Gut festschreibt, zu dem die Bevölkerung uneingeschränkten Zugang haben sollte. Für Moran ging es darum, die Schulmedizin mit dem Maya-Gesundheitswissen zu verbinden und in dem multi-ethnischen und gemischtspra-

chigen Land mit 22 Maya-Sprachen eine gegenseitige Ergänzung zu sehen. Viele Mayas sprechen nur ihre eigene Maya-Sprache und haben allein deshalb Schwierigkeiten mit dem offiziellen Gesundheitswesen. In schweren Krankheitsfällen wird ein Krankenhaus zu spät aufgesucht, auch weil das Krankenhaus als kulturell fremd empfunden wird.

Der Kollege von Lisandro Moran, Adrian Chavez, verdeutlicht in einem Fachartikel



Die CIR-Partnerorganisation Ixpiyakok bildet Hebammen und Gesundheitspromotorinnen nach traditionellen Methoden aus - auch in puncto Heilpflanzen.

System ohne erkennbares Konzept

Das Gesundheitssystem ist in verschiedene Bereiche unterteilt: die Krankenhäuser, die Einrichtungen der Sozialversicherung und die Gesundheits- und Sozialprogramme der Regierung. Dazu kommen noch die privaten Gesundheitsanbieter. Zwischen diesen einzelnen Sektoren gibt es keine Kooperation, sondern vielmehr eine Konkurrenz oder einfache Nichtanerkennung. Dadurch fallen die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft, in diesem Fall die medizinisch bedürftigen Mayas, aus dem System. Sie sind für niemanden eine interessante Zielgruppe und können die Hürden (Geld, formale Arbeit, Sprache etc.) auf dem Weg zu medizinischer Versorgung kaum überwinden.

Maya-Medizin nicht ausreichend anerkannt

Berta Cumez von der Maya-Frauenorganisation Ixpiyakok bestätigt die gegenseitige Unkenntnis von Maya- und Schulmedizin und sieht darin ein großes Problem. In ihrer Region, Chimaltenango, möchten die Maya-Frauen ihre Kinder zu Hause zur Welt bringen anstatt in einem Gesundheitszentrum. Gleichzeitig ereignen sich die meisten Fälle von Müttersterblichkeit bei den Hausgeburten. Wenn eine Frau ins Hospital kommt, ist der Zustand oft bereits sehr kritisch, da zu lange gewar-

tet wurde. Deshalb bildet Ixpiyakok Maya-Hebammen aus.

Carlos Lix, Experte für Maya-Volksmedizin von ASECSA, einer NGO, die seit vielen Jahren im Bereich der Basisgesundheits in Guatemala arbeitet, bestätigt: „Es muss gewisse Aufwandsentschädigungen für Hebammen und GesundheitsarbeiterInnen geben, da auch sie Grundbedürfnisse haben, für die sie aufkommen müssen. Die Hebammen begleiten in den Hochlandregionen 90 Prozent der Geburten. Vom offiziellen Gesundheitssystem bekommen sie keinen Lohn, werden aber benutzt, um bestimmte Ziele zu erreichen. Ebenso muss die Arbeit von Hebammen und Gesundheitspromotorinnen reglementiert werden, so wie es im Gesetz für Gesundheitswesen niedergelegt ist.“

Regierung verspricht Besserung

Die aktuelle Regierung und ihr Gesundheitsminister Jorge Villavicencio haben nun angekündigt, dass mobile Einheiten geschaffen werden sollen, die die Gesundheitsversorgung verbessern. Die mobilen Einheiten sollen die Arbeit von 18 Nichtregierungsorganisationen ersetzen, die bislang im Bereich der Primärversorgung tätig waren. Es wird vermutet, dass dies eine Maßnahme ist, die in den bald folgenden Wahlkämpfen genutzt werden soll, ohne tatsächliche Verbesserungen zu bringen. Außerdem wurde mitgeteilt, dass man auf die Anwesenheit der kubanischen Ärzte, die vielfach auf dem Land tätig sind, keinen großen Wert legt.

Tatsächlich ist die Regierung kaum aktiv, wenn es um die bessere Versorgung jener Bevölkerung geht, die wegen ihrer Armut von einer ausreichenden Teilhabe in Guatemala ausgeschlossen ist. So bleibt dieser Teil der EinwohnerInnen Guatemalas auch medizinisch im Hintertreffen. Das bestätigt Berta Cumez: „Die fehlenden ökonomischen Mittel der armen Familien in unserer Region und die feh-



Verteidigung der Maya-Medizin in Guatemala

Die Frauenorganisation Ixpiyakok hat ihren Sitz in Tecpan im indigenen Hochland Guatemalas und arbeitet in Gemeinden, in denen ausschließlich die Maya-Sprache Kaqchiquel gesprochen wird. Ixpiyakok betreibt die Fortbildung von Hebammen in den Gemeindestrukturen mit Gemeinde-Hebammen.

Die Maya-Hebammen sind nicht unmittelbar eingebunden in das öffentliche Gesundheitswesen, genießen aber in ihren Dörfern eine besondere Anerkennung. Sie sind die einzige Unterstützung für Mütter während und nach der Schwangerschaft.

Die CIR arbeitet mit Ixpiyakok zusammen, um etwas gegen die Müttersterblichkeit in den vernachlässigten Gemeinden zu unternehmen.

Bitte unterstützen Sie die Ausbildung von Maya-Hebammen mit Ihrer Spende.

Stichwort
» HEBAMMEN IN GUATEMALA «

lende öffentliche Unterstützung in Gesundheit und Bildung für die Maya-Bevölkerung sind der Stein des Anstoßes. Wir hoffen, dass wir mit unseren Anstrengungen dazu beitragen, unmittelbar Unterstützung zu gewähren, aber eben auch mehr Aufmerksamkeit für die bestehende Diskriminierung zu erreichen.“ ■

Nicaragua

„Mit der Bibel die Wirklichkeit verändern!“

Um Frauen und Männern in den Gemeinden die Basisausbildung für die ehrenamtliche Gemeindearbeit zu vermitteln, führt das „Equipo Teyocoyani“ um den Befreiungstheologen José Argüello jedes Jahr rund 40 Grundkurse in den Pfarreien des Landes durch – mit über 3.000 TeilnehmerInnen.

Seit über 10 Jahren ist das Equipo Teyocoyani auch in Wiwilí, im Norden Nicaraguas, aktiv. An der mehrstufigen, systematischen Ausbildung in befreiungstheologischer Bibellektüre nehmen dort VertreterInnen aus allen Pfarreien des Vikariats teil. In der schwer zugänglichen Region muss manch einer eine dreitägige Anreise zu den Kursen auf sich nehmen: einen Tag zu Pferd, dann weiter mit dem Boot und den Restweg im Bus. Doch die Anstrengung lohnt sich, die Ausbildung trägt Früchte: „Die Menschen haben sich nicht nur persönlich verändert, haben Würde und Selbstbewusstsein gewonnen. In den Gemeinden insgesamt hat sich viel getan: Die Rolle der Frauen ist



gestärkt, geschlechtsspezifische Gewalt ist zurückgegangen, das Engagement für die Gemeinschaft ist gestiegen und auch der Schutz der Umwelt“, sagt José Argüello.

In diesem Jahr soll das Programm in Wiwilí mit laientheologischen und pastoralen Fortbildungen vertieft werden und auf weitere Gemeinden ausgeweitet werden.

Die CIR hat dafür 5.000 EUR zugesagt und bittet im Namen von Teyocoyani um finanzielle Unterstützung.

Stichwort » TEYOCOYANI «

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. ProjektpartnerInnen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Guatemala

Waldgemeinden betreiben Klimaschutz

An der Klimakonferenz im September sind diesmal so viele Staaten beteiligt, dass man in Guatemala allenfalls Fortschritte im Tempo einer *Tortuga* (Schildkröte) erwartet. Die ACOFOP-Waldgemeinden des Regenwaldes im Petén verfolgen das Ereignis. Mehr als der Klimawandel beunruhigt sie, dass Walderhaltung und Waldzerstörung nicht ausreichend Schritt halten. Die Gemeinden im Petén sind eine Art Schutzwall gegen Edelh Holz-Schmuggler, dennoch können sie die Abholzung nicht verhindern. Der Erhalt des Regenwaldes in einer meteorologisch instabilen Umwelt Mittelamerikas ist aber von außerordentlicher Bedeutung.

Die CIR unterstützt deshalb die ACOFOP-Waldgemeinden bei ihrem Kampf um den Erhalt des Tropenwaldes.

Bitte helfen Sie mit einer Spende.



FUNDAMER begleitet und unterstützt Frauen im Aufbau einer wirtschaftlichen Zukunft.

El Salvador

Von Frau zu Frau

Seit vielen Jahren unterstützt die CIR den Zusammenschluss von Basisgemeinden in El Salvador, FUNDAMER, bei dem Programm „Von Frau zu Frau“. Die Zielgruppe sind Frauen in oftmals sehr abgelegenen ländlichen Gebieten, die in der Regel in großer Armut leben. In der Gruppe lernen sie, Produkte wie Seife oder Süßigkeiten herzustellen oder T-Shirts zu färben und zu vermarkten. Später geben sie das neu erworbene Wissen an andere Frauen in der Gemeinde weiter. Das stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und ihre Rolle den Männern gegenüber, denn der Verkauf der Produkte generiert ein kleines Einkommen.

Die CIR will FUNDAMER auch weiterhin unterstützen. Dabei sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen.

Bitte unterstützen Sie FUNDAMER in dieser wichtigen Arbeit mit einer Spende.

Stichwort » WALDGEMEINDEN «

Stichwort » VON FRAU ZU FRAU «

IHRE
SPENDE
HILFT

SPENDENKONTO

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren ProjektpartnerInnen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren PartnerInnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des BMZ, des Katholischen Fonds und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

Bitte unterstützen Sie unsere PartnerInnen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
Konto 3 11 22 00
BLZ 400 602 65
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Von einem besonderen 19. Juli, Springbrunnen und Feuerwerk

„Muchos 19 de julio, un solo 35!“ Das offizielle Motto des diesjährigen Jahrestages des sandinistischen Triumphes über den Diktator Somoza bringt zum Ausdruck, dass es dieses 35. Jubiläum nur einmal gibt. So weit, so richtig und so banal. In früheren Jahren trug dieser Tag Titel wie: „Nicaragua Libre verkauft sich nicht und gibt auch nicht auf!“ Die Diskussion über den Wert einer solchen Aussage sei an dieser Stelle dahingestellt. Aber immerhin gab es einen konkreten Bezug zum damaligen Alltag. Die Menschen trugen lange schwer am Krieg der Contra und dem Handelsembargo seitens der USA. TEXT: ANNE NIBBENHAGEN (CIR)



Als ich der Familie, bei der ich Mitte der 1980er Jahre als Brigadistin einige Monate gelebt hatte, meine Anwesenheit in Nicaragua ausgerechnet für die zweite Julihälfte mitteilte, waren alle Überlegungen, ob wir ein gemeinsames Wochenende am Meer verbringen oder einen Vulkan besteigen sollten, sofort verstummt. „Wir gehen am 19. Juli auf die Plaza!“ Geplant wurde ein Familienausflug mit Essen und Getränken, Musik würde es sowieso geben. Drei Generationen sollten mitkommen.

Am Ende sind wir mit mir nur zu fünft: meine Freundin aus alten Zeiten, ihre älteste Tochter und zwei Enkelinnen. Die beiden Männer der Familie sind Montagearbeiter und zum Wochenende erst gar nicht nach Hause gekommen. Die Übrigen, alles junge Frauen, hatten kurzfristig doch andere Pläne, als es gerade los gehen sollte. Unsere kleine Gruppe macht sich auf den Weg zu Parteifreunden, bei denen gerade ein privat gemieteter Kleintransporter beladen wird. Unterwegs überholt uns eine

Biker-Karavane mit wehenden, schwarzroten Fahnen. Wir sind so früh, dass wir in unmittelbarer Nachbarschaft der Plaza parken können.

Warten auf Daniel

Am frühen Nachmittag sitzen wir auf mitgebrachten Plastikgartenstühlen und warten, essen Sandwiches, warten, trinken Bier, warten und schauen zu, wie auf dem fast leeren Platz immer mehr Menschen ankommen. Es entwickelt sich ein Jahrmarkttreiben, was das Warten erträglicher macht. Angeboten wird alles Erdenkliche: Äpfel, überzogen mit süßroter Glasur, Zuckerwatte, bunte Lutscher, geröstete Erdnüsse und gesalzene Mangos in Streifen. Verkäufer mit rollenden Kühlwägelchen verkaufen Bier und höher prozentige Getränke und bieten Limonade lauthals mit dem für Nicaragua typischen Ruf feil: „Gaseosa, gaseosa, gaseooooosaaaa!“

Etwa die Hälfte der Menschen trägt T-Shirts mit Slogans passend zum Tag. Es gibt verschiedene Ausführungen, überwiegend ist auf



Stundenlang warten die FSLN-ParteianhängerInnen in der nicaraguanischen Hauptstadt auf Präsident Ortega.

weißem Grund in quietschbunten Farben zu lesen: „35/19 im Sieg vereint! Christlich, sozialistisch, solidarisch!“

Aus potenten Lautsprechern wird der Platz mit einer Endlosschleife einiger weniger Lieder und der neuen Daniel-Hymne beschallt. Beliebte Revolutionslieder von Carlos Mejia Godoy aus den 1970er Jahren gäbe es zuhauf, allein der berühmte Liedermacher hat verboten, sie auf FSLN Veranstaltungen zu spielen.

Längst ist es dunkel geworden. Die Menschen auf dem Platz werden ungeduldig. Kleine Kinder quengeln, mittlerweile Angetrunkene nerven ihre Mitmenschen, Menschen von weit her, seit früh auf den Beinen, sind müde geworden. Alle wollen Daniel sehen, direkt auf der großen Bühne an der Kopfseite des Platzes oder auf einer der drei Großleinwände, die strategisch gut auf dem Areal verteilt sind. Daniel wollen sie hören. Dafür sind sie gekommen. Darum bricht frenetischer Beifall aus, als das schwarze Präsidentenauto hinter die Bühne fährt.

Langsam kommt Bewegung auf. Hunderte gleichgekleideter Mädchen und Jungen, Mitglieder der Sandinistischen Jugend, nehmen ihre Plätze auf der Tribüne ein. Die für sie vorgesehene Choreographie ist unschwer zu erkennen. Für lange Zeit schaukeln sie, wehenden Palmen gleich, mit zum Himmel erhobenen Armen im Takt der Musik. Plötzlich erheben sich hinter ihren Rücken in bunten Farben angeleuchtete Wasserfontänen in den Nachthimmel. Die Menge jubelt und als dann dreimal „Sandino vive“ über die Lautsprecher ertönt und das Lied „Hermano, dame tu mano!“ („Bruder, reich mir deine Hand!“) angestimmt wird, versperren geschwenkte Fahnen den Blick auf die Bühne. Jetzt geht es los, jetzt kommt Daniel!

Erinnerungen eines Revolutionärs

Der Präsident samt Gattin, im Gefolge eine Entourage von Ehrengästen, betreten die Bühne, aber ans Mikrofon tritt nicht Daniel Orte- ➤



ga, sondern — wie im Alltag offenbar längst gang und gäbe — seine Frau Rosario Murillo. Sie führt durch den Abend, eröffnet die Zeremonie mit einem langen Gebet, gefolgt vom Segen eines Kirchenmannes, begrüßt die lange Reihe von Ehrengästen aus vielen Nachbarstaaten und kündigt irgendwann „Comandante Daniel“ an. Aber zunächst folgt ein großes Feuerwerk, von tosendem Beifall begleitet, bevor Daniel dann endlich das Wort ergreift.

Da plötzlich brechen wir auf, um noch vor dem chaotischen Veranstaltungsende die Stadt ohne Stau verlassen zu können. Daniels

Rede könne im Autoradio verfolgt werden, ruft man mir zu. Im Gehen erfasse ich die ersten Worte live: „Bevor ich Sandino entdeckte, fand ich zu Gott! Bevor ich Marx erkannte, fand ich zu Gott! Bevor ich die kubanische Revolution verstand, fand ich zu Gott!“ Im Radio lauschen wir den persönlichen Erinnerungen eines alten Mannes an seine revolutionäre Vergangenheit.

In den Gesichtern meiner sandinistischen Ausflugsbegleiter sind Müdigkeit, aber auch verschmutzte Schläue zu lesen. Lachend und wild gestikulierend antizipieren sie die morgigen Schlagzeilen der Oppositionszeitung. „Beleuchteter Springbrunnen! Wasser- und Energieverschwendung!“, „Außer Gebeten und Erinnerungen ans Gestern nichts gesagt“, „Wo bleibt die Realität des Landes? Kein Wort zum geplanten Kanalbau, zum ausbleibenden Regen, zu den stetig steigenden Bohnenpreisen!“

Wir sind bald im Bett, aber bis an den Rand der Hauptstadt haben wir Busse aus allen Ecken des Landes gesehen. Viele werden nicht vor dem Morgengrauen zu Hause sein. ■

Anne Nibbenhagen ist Vorstandsvorsitzende der CIR.

MISSBRAUCHS-OPFER STÄRKEN!

Sexueller Missbrauch von Mädchen war lange Zeit ein Tabuthema in Nicaragua. Doch seit wenigen Jahren gibt es eine Organisation, die professionelle Hilfe anbietet. Für Frauen, die in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt erlitten haben — und noch heute darunter leiden.

Aguas Bravas bietet einen Weg aus dem täglichen Alptraum. Aufgebaut von Frauen,

die selbst Überlebende sexualisierter Gewalt sind, basiert ihr Konzept auf dem Austausch zwischen den betroffenen Frauen. Gleichzeitig schult Aguas Bravas Psychologinnen für den Umgang mit Überlebenden und den Aufbau von Selbsthilfegruppen.

Für die weitere Unterstützung dieser Arbeit bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort »AGUAS BRAVAS«



„Der Bergbau vergiftet unser Wasser“,
„Bergbau tötet“ – so lauten
die Slogans der Protestbewegung.

El Salvador

Ländliche Gemeinden kämpfen für komplettes Bergbauverbot – mit Rückenwind von neuer Regierung

Bergbau ist für El Salvador keine Option. Das zumindest sagen der neue Staatspräsident Salvador Sánchez Cerén und seine Umweltberater. Hintergrund ist der durchaus erfolgreiche Kampf mehrerer Minen-Anrainer, die die negativen Folgen der Rohstoffförderung nicht hinnehmen wollen und ein komplettes Bergbauverbot anstreben. TEXT: EDGARDO AYALA (IPS)

Widerstand gegen die Rohstoffförderung kommt etwa von der Stadt Llano de la Hacienda im Landesinneren. Hier leben die 1.200 Menschen mehrheitlich vom Mais-, Bohnen- und Kürbisanbau sowie von der Viehzucht. Seit jüngerer Zeit widmen sie sich einer neuen Beschäftigung: dem Protest gegen den Goldbergbau.

Die Menschen hier stehen an vorderster

Front gegen den kanadischen Konzern Pacific Rim, der den salvadorianischen Staat 2009 verklagte, nachdem dieser eine Verlängerung der Förderlizenz für die Goldmine El Dorado verweigert hatte.

Die Stadt liegt im Gebirgsdistrikt San Isidro in der Provinz Cabañas, 65 Kilometer nordwestlich von San Salvador. Die Goldförderung ist hier gänzlich unerwünscht. >



Protestplakate des „Mesa Nacional Frente a la Minería“ - des Nationalen Tisches gegen den Bergbau in El Salvador

Schiedsverfahren

Bei dem Verfahren gegen Pacific Rim ging es ursprünglich um 77 Millionen Dollar. Doch inzwischen ist der Betrag auf 301 Millionen Dollar gestiegen. So viel verlangt Pacific Rim vom salvadorianischen Staat als Schadenersatz, weil dem Unternehmen der Goldabbau untersagt wurde. Der Fall liegt dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) vor, einem Mitglied der Weltbankgruppe in Washington. Die entscheidende Anhörung ist im September dieses Jahres geplant.

Für die Menschen von Llano de la Hacienda war die Verweigerung der Bergbaugenehmigung für Pacific Rim ein wichtiger Etappensieg nach vielen Jahren heftigen Widerstands und sozialer Konflikte. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden nach Aussagen der Anrainer zwischen Juni und Dezember 2009 drei Aktivisten ermordet.

„Bei dem ganzen Kampf ging es um diesen Fluss. Wir wollten verhindern, dass er mit Zyanid verseucht wird“, erläutert der Bauer Juan Hernán Molina am Ufer des Titihuapa. Zyanid ist ein hochgiftiger Wirkstoff, der als Scheidemittel in der Goldproduktion zum Einsatz kommt. Der Titihuapa mündet in den Lempa, den größten Strom des zentralamerikanischen Landes, der auch die Hauptstadt San Salvador mit Wasser versorgt.

Eine weitere Schlacht konnte die Umweltbewegung im August 2013 für sich entscheiden. Damals wies die ICSID eine Beschwerde der Commerce Group (US-amerikanische Bergbaufirma) im Zusammenhang mit einem Rechtsstreit gegen den salvadorianischen Staat im Wert von 100 Millionen Dollar ab.

Zuvor hatte sich El Salvador geweigert, eine Genehmigung zur Ausbeutung der San-Sebastián-Mine im östlichen Departement La Unión zu verlängern, die die Commerce Group von 1987 bis 2009 betrieben hatte.

2004 waren in El Salvador 18 Gold- und Silberminen in Betrieb. Sie wurden von lokalen oder ausländischen Firmen ausgebeutet. Seit sechs Jahren haben die Behörden zwar keine Förderlizenzen mehr ausgegeben, es liegen aber 74 Anträge vor. Lokale Unternehmen sind der Meinung, dass eine Aussetzung der Bergbauaktivitäten negative Signale an ausländische Investoren aussenden wird. Sie genießen den Rückhalt der rechtskonservativen ARENA-Partei, die das Land von 1989 bis 2009 regierte, und ebenfalls gegen ein Bergbauverbot ist.

Vollständiges Verbot gefordert

„Im Fall von Pacific Rim haben wir eine Schlacht, nicht aber den Krieg gewonnen“, meint José María Arévalo, ein weiterer Bauer aus Llano de la Hacienda. „Wir wollen, dass das Projekt vollständig verboten wird.“

Vor zwei Jahren hatten Umweltorganisationen der Allianz Nationaler Tisch ein Gesetz ins Parlament eingebracht, das den Bergbau wegen seiner negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt verbieten soll. Käme es durch, würde El Salvador dem Beispiel Costa Ricas folgen, das 2010 ein Gesetz gegen den offenen Tagebau erlassen hatte. Panama schloss sich zwei Jahre später an, allerdings gilt das Bergbauverbot ausschließlich für die indigenen Territorien der westlichen Provin-

zen Bocas del Toro, Chiriquí und Veraguas.

Das salvadorianische Umweltministerium hatte 2012 ein Gesetz zugunsten eines Bergbaumoratoriums entworfen. „Wir hingegen wollen ein vollständiges Verbot“, erläutert Héctor Berríos von der Einheitsbewegung Francisco Sánchez 1932 (MUFRAS 32). Die linksgerichtete Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) des neuen Staatsoberhauptes Sánchez Ceréns verfügt aber nur über 31 Abgeordnete. Somit ist es unwahrscheinlich, dass sie die 43 Stimmen zusammenbringt, die notwendig sind, um das Bergbaumoratorium oder ein Kompletterbot durchzusetzen.

„Die Abgeordneten sollten sich für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen und die Qualität des Wassers einsetzen“, betont Roxana Ramírez, eine junge Frau aus San Isidro. Sie nimmt an einem Projekt teil, das zeigen soll, dass die Gemeinden im Umfeld der El-Dorado-Mine durchaus in der Lage sind, alternative Arbeitsplätze zu schaffen.

Sánchez Cerén war in der letzten Legislaturperiode stellvertretender Staatspräsident. Der ehemalige Lehrer und Guerillero hatte im März die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Am 1. Juni wurde er als neuer Staatsoberhaupt vereidigt. Nun wird er beweisen müssen, dass er zu seinem Wort steht, den Bergbau einzudämmen, wie er dies mehrfach im Wahlkampf versprochen hatte.

Ehemaliger Aktivist ist stellvertretender Umweltminister

Diejenigen, die Sánchez Cerén ins Umweltministerium berufen hat, sind fest entschlossen. Als Vizeminister hat er Ángel Ibarra ernannt, einen Aktivist der Salvadorianischen Ökologischen Einheit, der eine führende Rolle im Kampf gegen Pacific Rim und gegen den Bergbau im Allgemeinen gespielt hat. „Der neue Präsident ist zu dem Schluss gekommen, dass der Bergbau in El Salvador nicht tragfähig ist“,

sagte Ibarra im Gespräch mit dem Nachrichtenservice IPS.

Neue Umweltministerin ist die ehemalige Vize, Lina Pohl. Auch sie ist eine treibende Kraft gegen den Bergbau. „Unter den derzeitigen Umständen wird es keine Bergbauaktivitäten geben“, bekräftigte sie unlängst.

Doch ohne die notwendige Mehrheit der Stimmen im Parlament wird es schwierig werden, das Ziel zu erreichen. Im Schatten eines Baumes am Ufer des Titihuapa versichert der Bauer Arévalo jedoch, dass „wir nicht eher ruhen werden, bis die Politiker ein Anti-Bergbaugesetz verabschiedet haben. Es ist der einzig richtige Weg.“ ■

(Der Artikel ist im Juni 2014 erschienen unter www.ipsnews.de.)

GESETZ GEGEN „MINERIA“

CRIPDES setzt sich im Verbund mit anderen Organisationen für ein Verbot von Bergbau-Minen ein. Dies soll durch Gesetzesvorschläge auf lokaler Ebene gelingen, da das Parlament aufgrund des enormen Drucks aus den USA nicht wagt, auf Landesebene aktiv gegen die Minen vorzugehen.

Ende 2014 soll eine erste Gemeinde als Pilot-Projekt den Bergbau gesetzlich verbieten. Weitere Gemeinden wollen dem Beispiel folgen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass ein lokales Gesetz als nicht verfassungskonform eingestuft wird. Dem will CRIPDES mit Bildungsarbeit und einer Lobbykampagne begegnen.

Die CIR unterstützt CRIPDES bei diesem Vorhaben. Bitte spenden Sie dafür.

Stichwort
» MINENVERBOT EL SALVADOR «



Das Maskottchen der WM 2014 „Fuleco“ wurde in Apucarana in Mützenform gefertigt, mit Lizenz der FIFA aber unter kaum besseren Arbeitsbedingungen.

Made in Brazil – Sportkleidung aus Sweatshops im Hinterhof

Anlässlich der Fußball-WM in Brasilien baten wir die brasilianische Nichtregierungsorganisation IPROS um aktuelle Informationen über die Herstellung von Sportkleidung in ihrem Land. Die Recherche übernahm Lázaro Piunti, Schriftsteller, Gewerkschafter und Mitbegründer der Organisation, die sich für Arbeitsrechte und gegen soziale Ungerechtigkeit in Brasilien einsetzt. TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Die Stadt Apucarana liegt im Norden des Staates Paraná und hat ca. 130.000 Einwohner. Monatlich werden dort vier Millionen Schirmmützen produziert, was ihr sogar per Dekret im Bundesgesetz den Status „Nationale Hauptstadt der Schirmmützen“ einbrachte.

Vor Ort gibt es offiziell 400 Textilfirmen und Fabriken. Es gibt jedoch auch eine fast genauso hohe Anzahl inoffizieller Firmen. Es sind Hinterhoffabriken, in denen die Arbeitsbedingungen so erniedrigend sind, dass sie Sklaven-

arbeit nahe kommen. Die Produktion findet in stickigen, ungesunden, engen Räumen statt, die nachts gleichzeitig als Schlafzimmer der ArbeiterInnen dienen.

Wer nicht mithalten kann, fliegt raus

Das Produktionssoll ist extrem hoch. Jede „facção“ (Zusammenschluss oder Familie, die gemeinsam Auftragsarbeiten ausführt) besteht aus ca. sechs Personen. Um das geforderte Mindestsoll von ca. 10.400 Mützen im

Monat zu schaffen, müssen die ArbeiterInnen 26 Tage im Monat täglich bis zu 16 Stunden arbeiten. Wer sich nicht dazu verpflichtet, das monatliche Produktionsziel zu erfüllen, erhält keine Aufträge und wird aus dem Produktionsnetzwerk ausgeschlossen.

Die Ausrüstung mit den entsprechenden Maschinen ist häufig auf einem völlig veralteten Stand; Investitionen sind für die meisten Familien einfach nicht drin. Die Mützen werden mit handelsüblichen Nähmaschinen genäht. Beim Nieten der Schnallen kommt es immer wieder zu Unfällen mit Fingerbrüchen und anderen Verletzungen an den Händen. Hautprobleme aufgrund der ständigen Belastung sind weit verbreitet. Die Arbeit findet meist im Stehen statt. Der vordere Schirm der Mütze ist sehr schwer zu fertigen, Kinder sind dabei meist geschickter und bekommen diesen Arbeitsschritt häufig von den Erwachsenen übertragen. Luíz* zum Beispiel ist 12 Jahre alt. Den halben Tag geht er zur Schule, die andere Hälfte des Tages hilft er seinen Eltern und Geschwistern beim Anfertigen von Mützen.

Pro Schirmmütze erhalten die ArbeiterInnen 50 Real-Cent. Das macht 5.200 Reales im Monat. Bei einer Gruppe von sechs Personen ergibt sich ein Pro-Kopf-Einkommen von 867 Reales. Umgerechnet sind das 290,50 Euro. Dieser Lohn liegt knapp unter dem landesweiten Mindestlohn. Ein ungelernter Arbeiter dagegen, der ordnungsgemäß bei einer Firma registriert ist, verdient 293 Euro – allerdings bei einem Arbeitstag von täglich 8 geregelten Stunden oder max. 44 Stunden in der Woche plus gesetzliche Vergünstigungen (Feiertage, Transportgutscheine, Gesundheitsversorgung, Lebensmittelzuwendungen, 13. Monatsgehalt). Des Weiteren hat er die Chance auf Tarifverhandlungen und Gewerkschaftshilfe.

Eine andere Partnerorganisation, das „Observatorio Social“, schätzt, dass für ein Leben in Würde in Brasilien wenigstens 17 Euro am Tag, also 517 Euro im Monat pro Person be-

nötigt würden. Das ist weit mehr als das Doppelte des Lohnes jener Menschen, die in Sweatshops Schirmmützen herstellen.

Die Gesundheit leidet

Lázaro Piunti hat für uns mit einigen ArbeiterInnen gesprochen. Zunächst mit Vitória*, die in einer kleinen Baracke lebt und arbeitet. Sie ist von ihrem Partner getrennt, hat ein Kind, das noch gestillt wird. Sie schneidet das Material für die Kappen von Hand. Die sich wiederholenden Bewegungen machen ihr Rückenprobleme. Die Küche wird nur durch ein Bettlaken vom Schlafzimmer getrennt. Die Küche ist gleichzeitig der Arbeitsraum. Weil es keine Müllabfuhr gibt, bleibt sie wie viele andere auf den Stoffresten und allen Abfällen sitzen. Obwohl es verboten ist, ist sie gezwungen, nachts im Hof den Müll zu verbrennen, dabei entsteht neuer Dreck und die öffentliche Gesundheit des gesamten Blocks wird beeinträchtigt.

Gustavol* und Matheus* haben sich zusammengetan und arbeiten im Siebdruck. Sie haben vier Angestellte und arbeiten beide rund 12 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche. Zielvorgabe: 25.000 bis 30.000 Mützen und Sport-Trikots im Monat für 0,3 Real-Cent pro Stück. Sie sind den schädlichen Harzen, die in den Farben enthalten sind, täglich ausgeliefert. Beide leiden unter Atemwegserkrankungen, Hautkrankheiten und manchmal sogar Vergiftungserscheinungen.

Maria*, eine ältere Großmutter, und Letícia*, ihre Tochter, besticken zusammen mit Bruna*, der Enkelin (11 Jahre alt) Schirmmützen. 10.000 Mützen im Monat müssen sie schaffen um 1.000 Reales im Monat zu verdienen. ➤



Lázaro Piunti bei seiner Recherche in Apucarana

Damit kommt jede von ihnen auf gerade einmal 100 Euro, die zum Überleben reichen müssen.

Giovanna* und ihr Neffe João* erzählen wie schwierig sie das Leben und Arbeiten unter einem Dach finden, aber wissen nicht, wie sie sonst ihr Leben finanzieren können. Ihr Produktionslohn liegt bei 20.000 Adidas-Schirmmützen im Monat. Sie befestigen die Schnallen an der Krempe der Mützen und bringen die Knöpfe am Scheitel an. Beide arbeiten jeden Tag 15 Stunden, nur am Sonntag nicht. Ihre Arbeit ist aus einer anderen Fabrik „outsourced“. Ein Zwischenmann bringt ihnen die Mützen vorbei und bezahlt sie bei der Übergabe. Es gibt keinerlei Verträge, Dokumente oder Quittungen.

Fehlende Verantwortung der Unternehmen

Die Weitergabe von Aufträgen an inoffizielle Produktionsorte ist in Brasilien ein großes Problem. Unternehmen wie Adidas geben dabei ihre Verantwortung an Dritte ab und

verschließen die Augen vor Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen. Die Einhaltung von Sozialstandards in illegalen Hinterhoffabriken zu überprüfen, ist praktisch nicht durchführbar und entzieht sich auch den Möglichkeiten der Gewerkschaften. Und obwohl es in Brasilien starke Gewerkschaften gibt, ist ihre Verhandlungsmacht durch die hohe Zahl an inoffiziellen Betriebsstätten stark geschwächt. Denn wird der Mindestlohn angehoben, steigt unweigerlich die Auftragsvergabe an inoffizielle Sweatshops, in denen die Menschen gezwungen sind, weiter für einen Hungerlohn zu schuften.

„Es ist noch ein langer Weg“, schreibt Piunti am Ende seiner Aufzeichnungen. „Es ist erschreckend, wie wenig in Apucarana Arbeitsrechte zählen. Ich bin froh, dass ich diese Recherche machen konnte und man auf der anderen Seite der Welt über die Situation meiner Landsleute spricht.“ ■

* Name von der Redaktion geändert.

DER MAQUILA-SOLIDARITÄTSFONDS

Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken

Die CIR unterstützt Frauenorganisationen und Gewerkschaften in Mittelamerika bei ihrem Engagement für bessere Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken. Dazu werden PromotorInnen für Arbeits- und Menschenrechte ausgebildet, die den NäherInnen in den Betrieben mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dank des Maquila-Solidaritätsfonds kann Geld für die Überbrückung des Lohnausfalls bei Streiks und Entlassungen oder für Anwalts- und Gerichtskosten zur Verfügung gestellt werden. Auch einzelne ArbeiterInnen brauchen Unterstützung. Denn wer sich wehrt oder schwanger wird, läuft Gefahr, von heute auf morgen ohne Abfindung auf der Straße zu landen.



Bitte helfen Sie den NäherInnen in den Weltmarktfabriken mit Ihrer Spende.

Stichwort
» MAQUILA-SOLIFONDS «

Norbert Arntz erhält Walter-und- Marianne-Dirks-Preis

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



Wir freuen uns, dass der Walter-und-Marianne-Dirks-Preis am 24. Mai 2014 im Frankfurter Dom an unser CIR-Vorstandsmitglied Norbert Arntz verliehen wurde. Seit 1995 vergeben das Bildungszentrum Haus am Dom und das Haus der Volksarbeit in Frankfurt den Preis an Menschen, die durch ihr herausragendes Engagement Brücken zwischen Konfessionen und gesellschaftlichen Kräften schlagen.

Die Auszeichnung erinnert an die Frauenrechtlerin Marianne Dirks und ihren Mann, den linkskatholischen Publizisten Walter Dirks. Die Jury entschied sich, den Preis an Norbert Arntz aufgrund seines jahrzehntelangen Eintretens für eine „Kirche der Armen“ zu vergeben.

Der Großteil des Lebenswerkes des 1943 in Kleve geborenen Pfarrers verweist auf dieses übergeordnete Ziel der Neuausrichtung der Kirche. So war er von 1983 bis 1990 als

Pastor in einem Quechua-Dorf in Peru tätig, nicht um die DorfbewohnerInnen, sondern um sich selbst zu missionieren – wie er gerne sagt. Ganz im Sinne der befreiungstheologischen Tradition half er dort den Indígenas, ihre Stimme für soziale Gerechtigkeit zu erheben. Zurück in Deutschland nahm er sein politisches Engagement für eine „Kirche von unten“ wieder auf, u.a. im Rahmen des Instituts für Theologie und Politik. Dem Institut, das u.a. den 1965 zwischen 40 Bischöfen geschlossenen „Katakombenpakt“ für eine dienende Kirche aus der Vergessenheit holen will, spendet Norbert Arntz das Preisgeld der Auszeichnung in der Höhe von 2.500 Euro.

Norbert Arntz wird sein Engagement auch in der Christlichen Initiative Romero fortsetzen, denn das Symbol des Preises, der Hahn, macht für ihn den Auftrag anschaulich: „Wie die Namensgeber des Preises – und wie Romero – Kündiger eines neuen Tages zu sein: dessen, dass eine andere Welt möglich ist.“

Finanzbericht 2013



Die Christliche Initiative Romero in Zahlen

Mit 490.146 Euro Spenden verbuchten wir 2013 ein gutes und im Vergleich zum Vorjahr etwas niedrigeres Spendenergebnis. Das gute Resultat war auch Ausdruck der erfolgreichen Kampagnenarbeit zugunsten der ArbeiterInnen nach dem Einsturz der Textilfabrik des Rana Plaza-Gebäudes in Bangladesch, wo auch Kleidung für deutsche Firmen hergestellt wurde. Die CIR hatte mit der Kampagne für Saubere Kleidung immer wieder ein verbindliches Gebäude- und Brandschutzabkommen für mehr Sicherheit in den Fabriken gefordert, das erst im Jahr 2013 aufgrund massiven Drucks in Kraft trat und inzwischen von weit mehr als 150 Modefirmen unterzeichnet wurde.

In den Spenden enthalten sind 56.000 Euro für Kampagnenarbeit sowie 21.000 Euro Zuwendungen der Romero-Stiftung. Die Projektspenden wurden zur direkten Unterstützung unserer ProjektpartnerInnen in Mittelamerika und als eigener Anteil für Kofinanzierungen

von größeren Projekten genutzt, u.a. für das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ in Nicaragua, das mit 238.000 Euro vom BMZ gefördert wurde. Zudem hat die CIR zusätzliche Fördermittel des Weltgebetstags der Frauen (WGT) erhalten.

Von Bedeutung waren wie im Vorjahr 218.000 Euro vom BMZ für den Aufbau zweier integraler Schulungszentren für Frauen und Jugendliche in El Salvador. Von der EU erhielt die CIR rund 638.000 Euro für Projekte der entwicklungspolitischen Bildungs- und Kampagnenarbeit: zur sozial-ökologischen öffentlichen Beschaffung sowie zu den Themen „Arbeit in Würde/ Sportbekleidung“ und „Nachhaltiger Konsum“, wovon 116.000 Euro an die österreichischen und osteuropäischen Partner weitergeleitet wurden.

Unterstützung der Partnerorganisationen

In **Nicaragua** unterstützte die CIR ihre Partnerorganisationen mit 357.097 Euro, darunter viele Frauenorganisationen. Neben 238.000 Euro (BMZ- und CIR-Eigenmittel) für das Programm „Keine Gewalt gegen Frauen“ gingen 68.000 Euro an das BMZ-Gesundheitsprojekt Malpaisillo, 25.700 Euro an zwei WGT-Projekte, 10.400 Euro zugunsten der Gemeindearbeit der Partnerorganisation ADIC sowie 15.000 Euro an die Frauenorganisation Comité de Mujeres Rurales (CMR). Des Weiteren wurden die Arbeit des ökumenischen Zentrums CAV, der Club Infantil für arbeitende Kinder sowie die Organisation gegen sexuellen Missbrauch, Aguas Bravas, gefördert.

In **El Salvador** wurden mit 29.000 Euro WGT-Frauenprojekte unterstützt und mit 22.000 Euro Umwelt- und Maquilaprojekte. An die zwei Schulungszentren von Ormu-

Bilanz (Vermögen)		
AKTIV	31.12.2012	31.12.2013
1. Anlagevermögen	6.913	5.812
2. Warenbestand	22.303	21.987
3. Kasse	1.132	
4. Bankguthaben	528.726	537.472
5. Forderungen	20.099	15.400
Summe	579.173	580.672

PASSIV		
1. Rücklagen	416.543	527.205
2. Rückstellungen	32.040	38.650
3. Verbindlichkeiten	130.591	14.816
Summe	579.173	580.672

Gewinn- und Verlustrechnung (Einnahmen und Ausgaben)				
ERTRÄGE	2012	2012	2013	2013
1. Spenden*		551.494		490.146
2. Zuwendungen Kampagnen- und Bildungsprojekte		532.307		638.836
3. Kofinanzierungen Auslandsprojekte		674.559		527.482
4. Verkauf Materialien		24.731		28.092
5. Sonstige Erträge		41.306		29.449
Summe		1.824.397		1.714.006

AUFWENDUNGEN				
1. Projektaufwendungen**		985.521		707.006
2. Projektbegleitung		25.950		31.331
- Personalkosten	24.468		29.997	
- Sachkosten	1.482		1.334	
3. Kampagnen- und Bildungsarbeit		553.168		682.345
- Personalkosten	274.042		333.158	
- Sachkosten	279.126		349.187	
4. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung		87.694		83.664
- Personalkosten	26.727		32.722	
- Sachkosten	60.967		50.942	
5. Verwaltung		94.670		98.997
- Personalkosten	51.195		61.884	
- Sachkosten	43.475		37.113	
Summe		1.747.002		1.603.343
Ergebnis		77.395		110.662

*ANGABEN ZU SPENDEN 2012/2013		
Nicaragua	53.510	54.495
El Salvador	43.690	36.886
Guatemala	27.712	27.607
sonstige Länder	33.998	20.375
Öffentlichkeitsarbeit	81.737	56.762
ohne Angaben	310.847	294.022
Summe	551.494	490.146

**PROJEKTAUFWENDUNGEN 2012/2013		
Nicaragua	579.422	357.097
El Salvador	220.342	287.781
Guatemala	98.081	55.219
sonstige Länder/ EU-Projekte	87.677	6.909
Summe	985.521	707.006

sa wurden 218.000 Euro ausgezahlt (BMZ-Zuwendung und Eigenmittel). Die Arbeit der FeAsiEs-Gewerkschaft wurde mit 9.000 Euro unterstützt, die kirchlichen Basisgemeinden erhielten 9.500 Euro.

In **Guatemala** wurden mit 55.000 Euro Landrechtsgruppen, indianische Organisationen und Frauenprojekte gefördert. So erhielten z.B. die Organisation ADEMI bei der Ausbildung indianischer Hebammen 5.000 Euro, weitere Maya-Frauenorganisationen 20.000 Euro, die Arbeitsrechtsorganisation CEADEL 5.000 Euro und Bauern-, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen 15.000 Euro.

Insgesamt konnten 2013 von der CIR 40 Partnerorganisationen in Mittelamerika un-

Einkauf in Kirchengemeinden wurde überaus positiv aufgenommen und die Materialien wurden stark nachgefragt.

DZI-Siegel bestätigt

Nach den Kriterien des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI) entfielen 2013 von den Gesamtausgaben der CIR etwas mehr als 10 Prozent auf Werbe- und Verwaltungszwecke. Vor diesem Hintergrund wurde die CIR im Jahr 2013 vom DZI geprüft und das DZI-Spendensiegel erneut bestätigt. ■

Dr. Thomas Bröcheler ist stellvertretender Vorsitzender der CIR.



Auf zum Konsumgipfel: Lasst uns die WELT fairÄNDERN!



WELTfairÄNDER KONGRESS 2014

Der WELTfairÄNDER-Kongress vom **21. bis 23. November** im **Jugendhaus Don Bosco in Mainz** bringt Ideen, Initiativen, offene Fragen und motivierte Menschen zusammen.

In Workshops, Diskussionsforen und Gesprächen tauschen sich die TeilnehmerInnen aus und überlegen gemeinsam, wie sie die Welt in puncto nachhaltiger Konsum und verantwortungsvolle Lebensweise fairändern können.

Der von CIR und BDKJ organisierte Kongress richtet sich an alle Jugendlichen, jugendliche MultiplikatorInnen, GruppenleiterInnen sowie an LehrerInnen, Jugend- und Eine-Welt-Gruppen, die sich aktiv für eine verantwortungsvolle Lebensweise einsetzen wollen.

Weitere Infos und Anmeldung unter www.ishopfair.net



IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei DauerspenderInnen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Öffentlichkeitsarbeit
☐ Projekt-/Öff.-Arbeit ☐ Fördermitgliedschaft

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

E-Mail

Bank

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHHEIN Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Bei Bestellung von Plakaten bitte vermerken, ob wir sie gefaltet oder in der Rolle zuschicken sollen. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. Das vollständige Verzeichnis unserer Materialien finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen/.

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Faltblatt: Die Romero-Stiftung – Den Armen eine Stimme geben	gegen Porto	
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	6,00	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft	gegen Porto	
CIR-Postkarte: Eine Stimme für Gerechtigkeit	gegen Porto	
Öko-soziale öffentliche Beschaffung/ CorA		
Protestpostkarte Unternehmenshaftung: Stell dir vor, 1.000 Menschen sterben...	gegen Porto	
Werkmappe: Öko-soziale Beschaffung jetzt! Ein Leitfaden für Initiativen	3,00	
Rechtsleitfaden: Für eine öffentliche FAIRgabe	5,00	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Gemeinde? Schritt für Schritt zum öko-fairen Einkauf	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Wie fair kauft meine Gemeinde? Der Fairness-Check!	gegen Porto	
Werkmappe: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in den Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen	3,00	
Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) ☐ spanisch ☐ deutsch	6,00	
Flyer: ¡Basta ya! Es reicht! FrauenStimmen gegen Gewalt Infos und Aktionshinweise	gegen Porto	
Ethischer Konsum		
Aktionszeitung: Raus aus der Konsumfalle	gegen Porto	beiliegend
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?	5,00	
Ratgeber: WearFair – Ein Wegweiser durch den Label-Dschungel bei Textilien, Taschenformat	1,00	
7-teilige Plakatserie zum Thema Ausbeutung in der Bekleidungs- und Orangensaftherstellung Einzelplakat 5 Euro, gesamte Serie 20 Euro	20,00 5,00	
Ausgepresst! Orangensaft-Produktion im Fokus		
Studie: Im Visier: Orangensaft bei Edeka, Rewe, Lidl, Aldi und Co.	5,00	
Aktionszeitung: Ausgepresst! Orangensaft im Fokus von der Plantage bis zum Supermarkt	gegen Porto	
Protestkarten: Ausgepresst!		
DVD: Ausgepresst!	6,00	
Plakat: Ausgepresst! (Teil der 7-tlg. Serie)	5,00	NEU!

Kampagne für Saubere Kleidung	Euro	Expl.
WM-Aktionszeitung: Anpiff Für menschenwürdige Arbeit in der weltweiten Sportbekleidungsindustrie	gegen Porto	
Protestkarte Adidas: Play Fair- Pay Fair Ausbeutung zu Dumpingpreisen		
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Aktionsflyer: Made in Hell Ausbeutung zu Dumpingpreisen	gegen Porto	
Prospektpersiflage (bitte ankreuzen) ☐ ALDI ☐ KIK Was hinter den Schnäppchen steckt	gegen Porto	
Werkmappe: Im Visier: Hungerlöhne Warum weltweit Menschen von ihrer Arbeit nicht würdig leben können	3,00	
Brennpunkt: Weltmarktfabriken in Mittelamerika. Hintergrundinformationen zur weltweiten Bekleidungsindustrie	gegen Porto	
Werkmappe: Todschicke Kleidung – zu welchem Preis? Informationen zu den Produktionsbedingungen bei Aldi, Deichmann, C&A & Co.	5,00	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
Studie: Im Visier: Discounter Studie über Arbeitsbedingungen bei Zulieferern von Aldi, Lidl und K&M in Bangladesch	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt Zwei Filme plus Diareihe	6,00	
DVD: Kleider machen Leute Jeweils 10-minütige Fernsehbeiträge	6,00	
Kaffee-Kampagne		
Werkmappe: Billiger Kaffee macht arm	6,00	
DVD: Kaffee, der schmecken sollte	6,00	
Literatur und Geschenkideen		
Freundschaftsbändchen (ab 30 Stück á 1,30, ab 100 Stück á 1,00)	1,50	
Geknüpfte Fadenkreuze El Salvador (ab 100 Stück á 0,60)	0,80	
Weihnachtskarten aus Kinderhand	1,50	wieder da!
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven, von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)		
3 cm (Anhänger)	3,00	
13 cm	8,00	
20 cm	10,00	
29 cm	13,00	

☐ Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.



CIR CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO

Name/Organisation

Strasse, Nr.

PLZ/Ort

Tel./Fax

E-Mail

Datum, Unterschrift

Christliche Initiative Romero
Breul 23, 48143 Münster
Telefon 0251 - 89 503
Fax 0251 - 82 541
cir@ci-romero.de
www.ci-romero.de

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM
BLZ: 400 602 65
KTO: 3 11 22 00



Kinder in Bolivien erreichen Legalisierung ihrer Arbeit

Ein kontroverseres Gesetz könnte es wohl kaum geben: 14 Artikel zur Legalisierung von Kinderarbeit. Doch was auf den ersten – vor allem europäischen – Blick skandalös erscheint, wird von vielen Kindern in Lateinamerika und von unseren PartnerInnen positiv gesehen.

Anfang August trat in Bolivien ein neues Gesetz in Kraft, das Kindern ab 10 Jahren offiziell erlaubt, einer außerhäuslichen Tätigkeit nachzugehen – unter klar definierten, würdigen Bedingungen. Bislang galt dies nur für Kinder ab 14 Jahren. In dem Andenstaat sind Kinder häufig auf eigenen Zuverdienst angewiesen, um sich z.B. Bildungsmaterialien leisten zu können.

Entgegen der Kritik, die u.a. von der Internationalen Arbeitsorganisation geäußert wird, werten wir die Durchsetzung des Entwurfs als Erfolg. Denn so erhalten Kinder die Möglichkeit, auf legale Weise und sozial abgesichert kindgerechte Arbeit zu verrichten. Dass Bildung trotz Arbeit niemals hintenan stehen darf – darüber herrscht Einigkeit.

Viele Kinder, zum Teil vereint in Gewerkschaften, haben sich selbst für die Umsetzung dieses weltweit einmaligen Gesetzes engagiert: Sie organisierten sich, protestierten und trafen sich mit Präsident Morales, bis es der sehr differenzierte Entwurf einschließlich strenger Regeln zum Schutz der jungen ArbeiterInnen durchs Parlament schaffte.

Die CIR möchte die arbeitenden Kinder in Lateinamerika weiter darin unterstützen, sich für ihre Interessen und Rechte einzusetzen. Bitte zeigen Sie sich solidarisch und spenden Sie unter dem Stichwort »Kinderarbeit in Würde«.

BANKVERBINDUNG
Christliche Initiative Romero
Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Mehr zum Thema finden Sie unter
www.ci-romero.de/pronats

Keine Lust auf Stress in der Adventszeit?

Bei uns können Sie schon jetzt wie jedes Jahr die liebevoll gestalteten und unter fairen Bedingungen produzierten Weihnachtskarten der peruanischen Kinderkooperative MANTHOC bestellen. Auf diese Weise erfreuen Sie Ihre Lieben mit einem Adventsgruß und geben gleichzeitig jungen Menschen in Lima die Möglichkeit, Freizeit und Schule mit dem Arbeiten in einem geschützten, legalen Rahmen zu vereinen. Für weitere Informationen über die Kooperative und zur Bestellung der Karten (siehe Bestellschein S.31) besuchen Sie uns bitte im Internet!



FOTOS: C. KOVERMANN/TERRE DES HOMMES, CIR-ARCHIV

